

Protestkundgebung in Düsseldorf

Krankenhäuser verlangen Ausgleich für Inflation und Tarifkosten

Gut 9.000 Beschäftigte der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser haben am 20. September vor dem Landtag in Düsseldorf Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach aufgefordert, für eine ausreichende Finanzierung der Kliniken zu sorgen. Notwendig sei eine nachhaltige Refinanzierung der Kostensteigerungen durch die Inflation und die ab 2024 geltenden Tarifsteigerungen von rund zehn Prozent. Die tatsächlichen Kostenentwicklungen würden unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht ansatzweise abgebildet, hieß es von den Initiatoren der Protestveranstaltung, der NRW-Allianz für die Krankenhäuser, der auch die Ärztekammern Nordrhein und Westfalen-Lippe angehören. Die Krankenhäuser könnten auf die enormen Kostensteigerungen für Energie, Lebensmittel, Medizinprodukte oder auch Dienstleistungen nicht mit höheren Preisen reagieren. Um die Steigerung der Betriebskosten, zu denen auch die Personalkosten gehören, angemessen abbilden zu können, müssten die entsprechenden Regelungen im Sozialgesetzbuch (SGB) V geändert werden. Dafür sei der Bund



„Die beste Medizin: saubere Finanzierung“ unter diesem Motto hatte die NRW-Allianz für die Krankenhäuser zum Protest aufgerufen. Foto: Sabine Schindler-Marlow

zuständig. Die Kundgebung in Düsseldorf war Teil eines bundesweiten Protesttages. Bundesgesundheitsminister Lauterbach reagierte auf die Proteste mit einem „Faktenblatt“, in dem er unter anderem auf die Finanzhilfen für die Krankenhäuser aufgrund der Coronapandemie und gestiegener Energiekosten verwies sowie die Länder an ihre Verantwortung für die Investitionskostenfinanzierung erinnerte. **HK**

Deutscher Ärztetag

Bourmer rückt auf Bundesebene vor

Auf dem 76. Deutschen Ärztetag 1973 in München stand die Neuwahl des Präsidenten der Bundesärztekammer auf der Tagesordnung, wie das *Rheinische Ärzteblatt (RÄ)* in seiner ersten Novemberausgabe vor 50 Jahren berichtete. Der bisherige Präsident, Professor Dr. Ernst Fromm, hatte im August 1973 aus persönlichen Gründen seinen Rücktritt erklärt. Zu seinem Nachfolger wählten die Abgeordneten im ersten Wahlgang Professor Dr. Hans-Joachim Sewering. Es gab keinen Gegenkandidaten. Nach seiner Wahl erklärte dieser, er werde „beharrlich für die Erhaltung der freien Arztwahl und die freie ärztliche Berufsausübung kämpfen“. Da Sewering zuvor Vizepräsident der Bundesärztekammer war, mussten

die Delegierten diesen Posten ebenfalls neu besetzen. „Schon im ersten Wahlgang gelang es Dr. Bourmer, die nach der Satzung erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen weit zu übertreffen“, so das RÄ. Der zukünftige Präsident der Ärztekammer Nordrhein (1981 bis 1993) erhielt 146 Stimmen, die Mitbewerber 55 beziehungsweise 30. Dr. Horst Bourmer, der am 17. August 1920 in Köln geboren wurde, war seit 1956 im Vorstand der Ärztekammer Nordrhein. Mitglied im Marburger Bund war er seit 1948, und von 1972 bis 1989 bekleidete er das Amt des Vorsitzenden des Hartmannbundes, dem damals in Deutschland größten freien ärztlichen Verband. Bourmer wurde kurz vor dem Deutschen Ärztetag im September 1973 in Baden-Baden in seinem Amt als Bundesvorsitzender des Hartmannbundes bestätigt, wie das RÄ in der gleichen Ausgabe mitteilte. **bre**

Cannabis-Konsum

Dokumentierte Störungen

Bei 108.313 gesetzlich Versicherten in Deutschland wurde im Jahr 2021 eine psychische Störung beziehungsweise Verhaltensstörung durch Cannabinoide dokumentiert. Dies ergab eine Auswertung der Abrechnungsdaten von Versicherten im Alter von zehn bis 54 Jahren durch das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (Zi). Dies entspricht einer bundesweiten Diagnoseprävalenz von 29 Fällen je 10.000 GKV-Versicherte. Der Zi-Vorstandsvorsitzende Dr. Dominik von Stillfried wies bei der Vorstellung der Daten auf die mit dem Konsum von Cannabis einhergehenden gesundheitlichen Risiken hin. Diese dürften ebenso wenig unterschätzt werden wie das Suchtpotenzial von Cannabinoiden. **tg**

Schmerzmittel

Daten zur Verordnung

Laut dem aktuellen Barmer Arzneimittelreport 2023 werden Patienten häufig für sie ungeeignete Schmerzmittel verordnet. Unter rund 17,1 Millionen gesetzlich Versicherten mit einer medikamentösen Schmerztherapie (2021; Versicherte ab 18 Jahren) wurden 526.000 bei Herzinsuffizienz entgegen medizinischen Leitlinien nichtsteroidale Antirheumatika verschrieben. Kritisiert wird in dem Report zudem ein zu breiter und riskanter Einsatz von Opioiden bei Patienten ohne Tumorerkrankung. Auch bei den Verordnungsdaten von Metamizol ließen die Analysen auf einen zu unkritischen Einsatz schließen. **tg**

RA VOR 50 JAHREN